

**Vfg. 4/2022, Amtsblatt der Bundesnetzagentur 01/2022 vom 12.01.2022**  
**- mit Begründung -**

**Teilweiser Widerruf zur Anpassung der bestehenden Zuteilungen von Rufzeichen für Luftfunkstellen im zivilen mobilen Flugfunk**

Rufzeichen für Luftfunkstellen im zivilen mobilen Flugfunk sind Nummern gemäß § 3 Nr. 34 des Telekommunikationsgesetzes vom 23. Juni 2021 (BGBl. I S. 1858; TKG). Für diese Nummern gelten die Regelungen der Telekommunikations-Nummerierungsverordnung vom 5. Februar 2008 (BGBl. I S. 141, die zuletzt durch Artikel 121 des Gesetzes vom 10. August 2021, BGBl. I S. 3436, geändert worden ist; TNV).

Aufgrund dieser Regelungen ist der novellierte Nummernplan ‚Rufzeichen für Luftfunkstellen im zivilen mobilen Flugfunk‘ (s. Verfügung Nr. 3/2022, Amtsblatt der Bundesnetzagentur Nr. 01/2022 vom 12.01.2022,) erlassen worden. Der Nummernplan wird am 13.01.2022 wirksam.

Alle bestehenden Zuteilungen und Genehmigungen nach dem Fernmeldeanlagen-gesetz (FAG) von Rufzeichen für Luftfunkstellen im zivilen mobilen Flugfunk, die im Rahmen einer Frequenz-zuteilung erfolgt sind, werden mit Wirkung zum 13.01.2022 insoweit widerrufen, als dass ab diesem Zeitpunkt die in dem novellierten Nummernplan gemäß der Verfügung Nr. 3/2022 festgelegten Nutzungsbedingungen gelten.

Als Tag der Bekanntgabe wird der 13.01.2022 bestimmt.

**Begründung**

1 Mit der Amtsblatt-Verfügung 3/2022 wird am 13.01.2022 der novellierte Nummernplan ‚Rufzeichen für Luftfunkstellen im zivilen mobilen Flugfunk‘ wirksam.

Nach § 3 Absatz 2 TNV entscheidet die Bundesnetzagentur bei Änderungen des Nummernplans unter Berücksichtigung der in Absatz 1 Satz 1 genannten Kriterien, ob und zu welchem Zeitpunkt mit angemessener Übergangsfrist bestehende Zuteilungen ganz oder teilweise widerrufen werden.

Bei den in § 3 Abs. 1 Satz 1 TNV genannten Kriterien handelt es sich um die Ziele der Regulierung nach § 2 Abs. 2 des Telekommunikationsgesetzes von 2004 und um die Belange im Sinne des § 66 Abs. 4 Satz 3 des Telekommunikationsgesetzes von 2004. Das novellierte TKG enthält in seinen § 2 Abs. 2 bzw. § 108 Abs. 6 Satz 3 vergleichbare Regelungen, so dass insoweit keine wesentlichen Änderungen gegenüber den genannten Vorschriften des Telekommunikationsgesetzes von 2004 vorgenommen wurden.

Vorliegend liegt eine Neufassung des Nummernplans vor und keine ‚bloße‘ Änderung, wie er in § 3 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 1 Satz 1 TNV vorausgesetzt wird. Allerdings erfasst § 3 Abs. 1 TNV auch eine Nummernplanänderung, die in Gänze durchgeführt wird. Die Neufassung eines Nummernplans ist materiell mit der vollständigen Änderung eines Nummernplans gleichzusetzen. Daher ist § 3 Abs. 2 TNV auch vorliegend zu beachten.

Der teilweise Widerruf soll die einheitliche Nutzung der Rufzeichen für Luftfunkstellen im zivilen mobilen Flugfunk sicherstellen und verfolgt damit das Regulierungsziel, eine effiziente Nutzung der betroffenen Nummernressourcen zu gewährleisten. Eine effiziente Nummernnutzung soll auch gemäß § 66 Abs. 4 Satz 3 des Telekommunikationsgesetzes von 2004 verfolgt werden. Der teilweise Widerruf ist dafür geeignet, erforderlich und angemessen.

Es ist zudem nicht ersichtlich, dass für diese Maßnahme die Gewährung einer Übergangsfrist erforderlich wäre. Denn der novellierte Nummernplan enthält keine Regelungen, die die Betroffenen in ihren Rechten gegenüber der vorherigen Rechtslage einschränken würden.

4. Gemäß § 210 Satz 3 TKG gilt eine Allgemeinverfügung der Bundesnetzagentur zwei Wochen nach der Bekanntmachung in ihrem Amtsblatt als bekannt gegeben, worauf in der Bekanntmachung hinzuweisen

ist. § 210 Satz 4 TKG ordnet aber die entsprechende Geltung des § 41 Abs. 4 Satz 4 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) an. Danach kann in einer Allgemeinverfügung ein von dieser Zwei-Wochen-Frist abweichender Tag, jedoch frühestens der auf die Bekanntmachung folgende bestimmt werden.

Auf dieser Rechtsgrundlage wird in diesem teilweisen Widerruf der 13.01.2022 als Tag der öffentlichen Bekanntgabe bestimmt, da am 12.01.2022 die Veröffentlichung und Bekanntmachung gemäß § 210 Satz 1 und 2 TKG bewirkt wird. Mit der Bestimmung des Bekanntgabedatums im Tenor dieser Allgemeinverfügung erfolgt zugleich ein Hinweis auf den Tag der Bekanntgabe im Sinne des § 210 Satz 3 TKG.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn oder bei einer sonstigen Dienststelle der Bundesnetzagentur erhoben werden.

Der Widerspruch hat gemäß § 217 Abs. 1 TKG keine aufschiebende Wirkung. Die Einlegung eines Widerspruchs ändert nichts an der Wirksamkeit und Vollziehbarkeit der Verfügung.